ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmid, Günther

Book Review — Digitized Version

[Rezension] Sozialstaat und Sozialismus: Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie : Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied-Berlin: Luchterhand Verlag, 1967

Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther (1970) : [Rezension] Sozialstaat und Sozialismus: Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie : Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied-Berlin: Luchterhand Verlag, 1967, Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, ISSN 0032-3470, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 11, Iss. 2/3, pp. 366-368

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/122985

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

SOZIALSTAAT UND SOZIALISMUS *

Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie (Soziologische Texte, Bd. 47), Luchterhand Verlag, Neuwied-Berlin 1967, 578 S.

Die im vorliegenden Band gesammelten 22 Aufsätze zur politischen Soziologie sollen eine kritische Meinungsbildung darüber ermöglichen, »ob und wieweit es dieser Theorie eines kritisch erneuerten Marxismus möglich ist, die Probleme der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des Kampfes um die Verwirklichung der Rechtsgrundsätze des Grundgesetzes mit ihren Hilfsmitteln verständlich zu machen« (12/13). Die Beiträge behandeln drei große Themenbereiche: (1) Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 (v. a. die sozioökonomische und verfassungspolitische Entwicklung, Probleme der Mitbestimmung sowie der verbandlichen und innerparteilichen Demokratie und das KPD-Verbot); (2) Entwicklung der SPD von der sozialistischen Klassenpartei zu einer weltanschaulich kaum noch gebundenen Massenpartei; (3) Entwurf einer »Theorie des sozialistischen und demokratischen Humanismus«. Etwas am Rande stehen zwei Beiträge über das Dritte Reich: »Der deutsche Protestantismus und der Zweite Weltkrieg« sowie »Der deutsche politische Widerstand gegen das ›Dritte Reich‹«.

In einem einführenden Vorwort zu diesem Sammelband entwickelt *Abendroth* die Grundzüge seines methodischen und theoretischen Ansatzes. Danach soll politische Wissenschaft die Bedingungen der Entstehung politischer Macht und ihres Zerfalls analysieren. »Politisch« ist jedes Verhalten, das sich Veränderung bzw. Stabilisierung von Gesellschaftsstrukturen zum Ziele setzt: Politische Wissenschaft ist daher politische Soziologie. Politik ist ihrem Wesen nach kontrovers, weil sie auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist; die volle Aufhebung des Problems der Herrschaft würde das Problem des Politischen aufheben. Die Totalität des politischen Prozesses ist die Geschichte der Aufhebung von Herrschaft; politische Wissenschaft ist somit notwendig Subjekt des politischen Prozesses. Daraus ergibt sich für Abendroth – freilich tautologisch –, daß aktuelle Objektivität und Neutralität der politischen Soziologie bloße Fiktion bzw. schlechte Ideologie sind. Das parteiliche Engagement Abendroths hat sicherlich nichts zu tun mit Parteilichkeit stalinistischer Provenienz; es ist ein Engagement, das stark geprägt ist vom radikaldemokratischen Gedankengut *Rousseaus* und dem utopischen Denken der frühen Sozialisten bzw. des frühen *Marx*.

Die wichtigsten Ergebnisse der Analysen *Abendroths* lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Mit den Länderverfassungen und dem Grundgesetz wurde der Bundesrepublik die Chance und das Ziel gegeben, sich zu einem sozialistischen und demokratischen Staat zu entwickeln. Methodisch gesehen kann daher die reale Entwicklung am Strukturprinzip, d. h. dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, gemessen werden. Das Strukturprinzip des Grundgesetzes ist das des ›sozialen Rechtsstaats‹. Im Anschluß an *Hermann Heller* (auf den auch der Begriff zurückgeht) und *Ernst Forsthoff* interpretiert *Abendroth* dieses Prinzip m. E. überzeugend als eine Entscheidung gegen Staatsauffassungen liberal-demokratischer Prägung. »Das entscheidende Moment des Gedankens der Sozialstaatlichkeit im Zusammenhang des Rechtsgrundsatzes des Grundgesetzes besteht also darin, daß der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgehoben ist und daß deshalb die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Gestaltung durch diejenigen Staatsorgane unterworfen wird, in denen sich die demokratische Selbstbestimmung des Volkes repräsentiert.« (114) Im Gegensatz zu fast allen Länderverfassungen (vgl. u. a. Bremen: Art. 41 und 42; Hessen: Art. 41; Nordrhein-Westfalen: Art. 27) werde im Grundgesetz die inhaltliche Gestaltung des Sozialstaatsprinzips weitgehend offengelassen. Das Grundgesetz anerkenne damit implizit zwei verschiedene Sozialphilosophien (soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft) als gleichberechtigt an, denen die Chance ihrer legalen Verwirklichung geboten werden sollte. Methodisch sei es darum unzulässig, »den Grundsatz der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit starr dahin zu interpretieren,

* Vgl. die Kurzbesprechung im Jg. 1968, S. 148.

daß man ihn mit einem nicht mehr wandelbaren Inhalt im Sinne nur einer der widerstreitenden Sozialauffassungen erfüllt und ihm diese konkrete Sozialphilosophie endgültig unterlegt« (135).

(2) Genau diese Alternative wird durch die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik ausgeschlossen. *Abendroth* weist dies v. a. anhand der Entwicklung der SPD und der Mitbestimmungsdiskussion innerhalb der Gewerkschaften nach. Mit dem Godesberger Programm, das sich statt zum Sozialismus zur »freien Unternehmer-Initiative« und zum »privaten Eigentum an Produktionsmitteln« bekennt, sei die deutsche Sozialdemokratie auf den Stand der DDP von 1919 zurückgefallen und habe sich – vom Länderverfassungsrecht fast aller Bundesländer her betrachtet – dem »Block der Verfassungsgegner« von rechts zugesellt (452). Die Ursachen für diese Entwicklung sieht Abendroth in der Pervertierung der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie und v. a. in einem unreflektierten Anti-Kommunismus. Letzteren betrachtet er als Produkt unglückseliger historischer Umstände: Insbesondere das deutsche Wirtschaftswunder sei Folge einer günstigen historischen Konstellation gewesen (Export-Boom durch Korea-Krieg, Marshall-Plan, Gewinn von Arbeitskräften durch DDR-Flüchtlinge u. a.) und nicht Folge des marktwirtschaftlichen Prinzips, wie landläufig angenommen wird. Aus diesem Mißverständnis resultiere die Ablehnung sozialistischer Prinzipien, was historisch zwar verständlich, rational aber nicht gerechtfertigt sei.

(3) Dagegen steht für *Abendroth* fest, daß moderne Industriegesellschaften die Anwendung sozialistischer Planungsprinzipien nicht nur ermöglichen, sondern hinsichtlich der Verwirklichung eines »sozialistischen und demokratischen Humanismus« unbedingt erfordern. Voraussetzung dafür ist die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum. Die Rationalität dieser Forderung stützt sich nach Abendroth auf zwei Gewißheiten: Erstens neigen privatkapitalistische Monopolisten in wirtschaftlichen Krisenzeiten dazu, sich mit faschistisch-reaktionären oder bestenfalls konservativen Kräften zu verschwören und das Heil in der Aufrüstung bzw. in einer politisch gestützten Expansion der Märkte zu suchen. Zweitens führt Privateigentum an Produktionsmitteln dazu, daß die Arbeit der meisten Menschen fremdbestimmt ist. Abendroth weist anhand des Statistischen Jahrbuches nach, daß der Anteil der abhängigen Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen »unaufhaltsam« steigt: Noch 1882 waren im damaligen Deutschen Reich nur 57,2 % der erwerbstätigen Bevölkerung in abhängiger Arbeit; 1950 waren es schon 70,8 %, und die Zahl stieg bis 1961 auf 77,7 %. Für Abendroth ist dies eine Bestätigung dafür, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft immer noch eine *Klassengesellschaft* darstellt. Die Tatsache, daß trotzdem von einem einheitlichen Klassenbewußtsein nicht die Rede sein kann, interpretiert Abendroth im Anschluß an *Norman Birnbaum* sozialpsychologisch: »Das Denken sozialer Unterschichten in gesellschaftlichen Ruhelagen« tendiert meist dahin, »von den Ideologien ihrer Oberschichten bestimmt und überlagert zu werden, wenn es nicht durch die Vermittlung bewußter politischer Gegenkräfte zu eigenem Sozialbewußtsein entwickelt werden kann. Dazu aber bedarf es ... der kritischen Hilfe und der aktiven Tätigkeit von Intellektuellen, die dies eigene Sozialbewußtsein formulieren und propagieren«. (26)

Es bleibt nun die rückkoppelnde Frage zu beantworten, wie denn nun der »Kampf um die Verwirklichung der Rechtsgrundsätze des Grundgesetzes« zu führen sei, insbesondere – da *Abendroths* Parteinahme ja eindeutig ist – wie die Alternative eines »kritisch erneuerten Marxismus« aussehen soll. Abendroths alternative Sozialphilosophie bleibt freilich recht vage, und er beschränkt sich mehr darauf, die Bedingungen für ihre Renaissance zu formulieren. Selbst da, wo er sich mit der »Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft« auseinandersetzt, bleibt er merkwürdig unbestimmt und geht über eine dogmengeschichtliche Interpretation marxistischen Gedankenguts kaum hinaus. Die Begründung für eine mangelnde konkrete Gegenutopie liefert Abendroth gleich selbst: Auch hier führt er besondere historische Umstände an, welche die Bundesrepublik zeitweise zu einer »provinziellen Isolierung vom Denken der übrigen Welt« (461) verurteilten, in der sozialistisches Denken zu sektenhaftem Dasein verkümmern mußte.

Erste Bedingung des Klassenkampfes ist also

der Anschluß an das internationale sozialistische Denken und die Bildung eines geistigen sozialistischen Zentrums in der Bundesrepublik, das der Masse der Arbeitnehmer ihre objektive Lage als fremdbestimmte und abhängige Klasse bewußt machen soll. In der Phase der Mobilisierung des Klassenbewußtseins hofft *Abendroth* v. a. auf die qualifizierten industriellen Arbeitnehmergruppen mit relativ hohem Lebensstandard, die in hochindustriellen Gesellschaften erfahrungsgemäß die Führung in der revolutionären Arbeiterbewegung übernehmen. Abendroth verweist hier als Beispiel auf Italien, Frankreich und England. Die jüngsten Entwicklungen in der Bundesrepublik (u. a. spontan gebildete Arbeitskreise innerhalb der Gewerkschaften, zum Teil gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen, sowie die wilden Streiks während des letzten Wahlkampfes) würde er sicherlich als Bestätigung seiner These betrachten.

Während *Abendroth* noch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Aufsatzsammlung insgeheim seine Hoffnungen auf die SPD und die Gewerkschaften zu setzen schien, wurde er seit 1968 zum Hauptvertreter jener, die hoffen, über eine politische Neuorganisierung der Linken und durch deren Beteiligung an den Wahlen, den Prozeß der ›Rekonstruktion der Arbeiterklasse‹ vorantreiben zu können. »Die Beteiligung am Wahlkampf und die Tätigkeit im Parlament waren vom Standpunkt des revolutionären Marxismus aus gesehen ... stets auf Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und ihrer Bündnisgruppen gerichtet gewesen.« Freilich »müssen« die Vertreter der Linken »das Parlament als Tribüne nützen, um die außerparlamentarischen Aktionen der oppositionellen Bewegungen voranzutreiben«. (Die Andere Zeitung, Nr. 33, 1968, S. 5.)

Günther Schmid